

## **Beschluss der 7. Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Bayern in Erlangen, am 17. Februar 2001**

### **Weltoffenes Deutschland - Einwanderung gestalten**

Greencard und Leitkultur haben das Thema Einwanderung in den Blickpunkt der deutschen Öffentlichkeit gerückt. Die plötzliche Allgegenwart des Themas zeigt den verantwortungslosen Umgang mit der Zuwanderungs- und Asylpolitik in der Vergangenheit. Gleichzeitig eröffnet sie aber auch Wege zu einer wirklichen Auseinandersetzung damit in Gegenwart und Zukunft.

Gerade die junge Generation ist dazu aufgefordert, sich über die zukünftige Gestalt ihres Landes Gedanken zu machen. Unter verschiedenen Gesichtspunkten scheint es der Grünen Jugend Bayern dabei besonders wichtig, eine handhabbare Regelung für Migration zu finden. Die Grüne Jugend Bayern fordert deshalb:

#### **1. Anerkennung Deutschlands als Einwanderungsland**

Die BRD ist ein Einwanderungsland. Aus diesem Fakt ergeben sich Konsequenzen für das Leben in der BRD – für Deutsche und Zuwanderer. Eine Einwanderungsgesellschaft lebt vom kulturellen Austausch aller Einwohner. Wir fordern gesellschaftlich akzeptierte, individuelle Freiheit in der Lebensgestaltung. Nur diese Freiheit kann den Weg zu einer gelebten multikulturellen Gesellschaft ebnen.

Einwanderung ist nicht nur wirtschaftlich notwendig – man denke nur an die Bevölkerungsprognosen für die BRD in den nächsten 50 Jahren –, sondern kennzeichnet auch ein weltoffenes und zukunftsorientiertes Land. Jedem Land steht es frei, Einwanderung in Bezug auf wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Bedürfnisse flexibel zu gestalten. Die Grüne Jugend Bayern drängt auf verbindliche Regelungen zur Einwanderung in Form eines Einwanderungsgesetzes.

#### **2. Integration**

Wen ein Land dauerhaft in seine Gesellschaft integrieren möchte, dem muss es auch die Möglichkeit schaffen sich dort zurechtfinden zu können. Grundlage hierfür sind freiwillige Integrationsangebote, wie zum Beispiel kostenlose Kurse zum Erlernen der deutschen Sprache um den kulturellen Austausch und die Arbeitsuche zu erleichtern, oder auch unentgeltliche Seminare, welche einen Einblick in die politischen wie gesellschaftlichen Strukturen unseres Landes geben. Doch sollte dieses Angebot auch praktische Lebenshilfe beinhalten, wie Informationen zu Behördengängen und sozialen Hilfsprogrammen im örtlichen Umfeld. Dies muss besonders auch für Jugendliche gelten, die im Zuge von Familienzusammenführung nach Deutschland kommen. So kann Einwanderern eine reelle Chance auf Integration ermöglicht werden.

Zu einer erfolgreichen Integration braucht es nicht nur integrationswillige Einwanderer, sondern auch eine offene Gesellschaft, die diese als Bereicherung begreift, zu ihrer Eingliederung und zur Akzeptanz ihrer Kultur bereit ist. Nicht zuletzt hierfür muss die Politik offensiv werben. Dazu zählt auch ein entschiedenes Vorgehen gegen offene und latente fremdenfeindliche Positionen und die Abschaffung von institutionalisiertem Rassismus wie z.B. der Schleierfahndung.

#### **3. Grundrecht auf Asyl**

Dass er Menschen Zuflucht gewährt, die in ihren Heimatländern Verfolgung ausgesetzt sind, zeichnet einen Rechtsstaat aus. Das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte ist für uns daher unverzichtbar und als unabhängig von der Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen zu betrachten. Asyl muss auch gewährt werden bei nichtstaatlicher Verfolgung, Verfolgung im Rahmen von Bürgerkriegen, Folter und Mißhandlung sowie bei geschlechtsspezifischer Verfolgung. An Stelle der momentan praktizierten Abschottungspolitik muss eine effiziente Bekämpfung der Fluchtursachen treten.

Desweiteren setzt sich die Grüne Jugend Bayern für menschenwürdigere Lebensbedingungen von Asylbewerberinnen und -bewerbern in Deutschland ein. Dazu zählen wir die Abschaffung der Residenzpflicht, die Abschaffung der Auszahlung staatlicher Leistungen in Form von Gutscheinen, angemessene Unterbringung, die sofortige Erteilung einer Arbeitserlaubnis sowie die Gleichstellung von Asylbewerbern mit Deutschen und EU-Bürgern auf dem Arbeitsmarkt und insbesondere das sofortige Aussetzen der Flughafenregelung. Darüber hinaus fordern wir die Abschaffung der Drittstaaten-Regelung.

#### **4. Verbesserte Ausbildungschancen für Jugendliche ausländischer Herkunft**

Als Jugendverband setzen wir uns besonders für verbesserte Ausbildungs- und Berufschancen von Jugendlichen ein. Viele Probleme, die mit jungen Migrantinnen und Migranten auftreten, liegen in ihrer Perspektivlosigkeit begründet. Natürlich ist dies kein spezielles Phänomen bei Jugendlichen ausländischer Herkunft. Aber die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen ausländischer Herkunft liegt noch immer deutlich über dem deutschen Durchschnitt. Deswegen müssen jugendliche Migrantinnen und Migranten noch besser in bestehende Ausbildungsförderungsprogramme integriert werden.

Desweiteren setzen wir uns dafür ein, daß ein Studium in Deutschland für Studierende aus dem Ausland attraktiver wird. Für problematisch halten wir die auf 90 Tage begrenzte Arbeitserlaubnis während des Studiums. Alle sollten ein Studium in der BRD aufnehmen können, ohne für die finanzielle Absicherung einen Bürgen vorweisen zu müssen.

Da die meisten ausländischen Hochschulabgänger nach Abschluss ihrer Ausbildung keine Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland bekommen, setzen wir gut ausgebildete Leute vor die Türe. Dies ist gerade angesichts der Arbeitsmarktprognosen im hochqualifizierten Bereich eine Dummheit.

#### **5. Politische Mitwirkungsrechte für alle dauerhaft in Deutschland Lebenden**

Wirtschaftliche Absicherung allein schafft noch keine Identifikation mit dem Land, in dem man lebt. Die wichtige gesellschaftliche Integration geht einher mit politischer Integration. Deshalb setzen wir uns ein für erweiterte Mitbestimmungsrechte für Migrantinnen und Migranten in der Politik der BRD. Wir fordern aktives und passives Wahlrecht für alle dauerhaft in Deutschland Lebenden. Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU-Staaten sollen spätestens zusammen mit dem unbefristeten Aufenthaltsstatus in der BRD alle politischen Teilhaberechte bekommen. Außerdem müssen besonders Vereinigungen und Interessenvertretungen von Minderheiten stärkere Beachtung im Gesetzgebungsprozess finden.